

Mainz, den 07. März 2024

Pressemitteilung

Weltfrauentag 2024: Der Kampf für Demokratie und Gleichberechtigung ist weiblich!

„Die Revolutionäre machen nicht die Revolution! Die Revolutionäre sind diejenigen, die wissen, wann die Macht auf der Straße liegt und wann sie sie aufheben können!“ (Hannah Arendt)

Die Demokratie in Deutschland ist in Gefahr. Das ist spätestens seit der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche zu dem Treffen von Rechtsextremist*innen in Potsdam klar. Diejenigen, die dort zusammenkamen, wollen Grund- und Menschenrechte abschaffen, um ihre völkisch-nationalistische Ideologie umsetzen zu können. Rechte, die in Deutschland und Europa unter Einsatz von Leib und Leben erkämpft wurden und von diktatorischen Regimen weltweit noch immer bekämpft werden.

Damals wie heute sind es zuallererst Frauen, denen diktatorische Regime ihre fundamentalen Menschenrechte rauben: Das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf Bewegungsfreiheit, das Recht auf Bildung oder das Recht am eigenen Körper. Und es sind zuallererst Frauen, die sich trotz aller Gewalt und aller Restriktionen, denen sie sich dadurch aussetzen, nicht damit abfinden. Ob damals im Kampf gegen die Sklaverei in den USA, in den Frauen- und Bürgerrechtsbewegungen des 20. und 21. Jahrhunderts oder heute im Iran oder in Afghanistan: Ob als öffentlich in Erscheinung tretende Vorreiterinnen oder im Hintergrund Agierende, ob im Großen oder im Kleinen: der alltägliche Widerstand gegen demokratiefeindliche Regime, gegen Unrecht und Gewalt ist weiblich.

Frauen sind damit mehr als Streiterinnen in eigener Sache! Sie sind Streiterinnen für die Demokratie und für die Unteilbarkeit der Menschenrechte - ohne Rücksicht auf das Geschlecht, die Herkunft, den Bildungsstand ... - die Revolution in diesem Sinne ist weiblich!

Auch in Europa und in Deutschland waren und sind es vor allem Frauen, die im Einstehen für ihre Rechte gesellschaftlichen Fortschritt für alle möglich machen und weiter einfordern: bei den Rechten von Arbeitnehmer*innen, beim Anspruch auf Gleichbehandlung unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Identität, ethnischer Herkunft, Religion oder einer Behinderung, beim Recht am eigenen Körper...

Sie haben einen Anspruch auf Unterstützung und Anerkennung ihres Eintretens für Demokratie und Menschenrechte, auf Schutz vor Hass und Gewalt und auf Aufnahme, wenn sie dem Kampf vor Ort nicht mehr weiterführen können oder wollen.

Und sie haben weltweit das Recht, die Macht - wann immer sie auch dank ihres Handelns auf der Straße liegt - gemeinsam mit allen Menschenrechtler*innen und Demokrat*innen aufheben zu können. Gerade hier haben wir noch einen weiten Weg vor uns.

gez.:

Torsten Jäger, Geschäftsführer und Ann-Christin Bölter, rechtspolitische Referentin